



Eine Energiegrund- sicherung ist notwendig!

Damit keine Wohnung kalt
und finster bleibt ... Seite 3

Kampf der Teuerung!

Das tägliche Leben wird im-
mer teurer. Die KPÖ präsen-
tiert ein Sofortprogramm
zur Entlastung Seite 4

Leistbares Wohnen

Wohnen ist ein Menschen-
recht. Dafür setzen wir uns
ein. Seite 6



Josef Iraschko - Spitzenkandidat der KPÖ

Seit 40 Jahren aktiv links, seit 20 Jahren MieterInnenberater, davon 13 Jahre Leiter des MieterSelbsthilfeZentrums, einer Initiative der KPÖ-Wien. Ein Alt-68er, der sich nicht beim Marsch durch die Institutionen verirrt hat und der sich nicht hat kaufen lassen. Er ist seit 3 Jahren KPÖ-Bezirksrat in der Leopoldstadt. Josef Iraschko und Melina Klaus, die beiden SpitzenkandidatInnen der KPÖ im Regionalwahlkreis Leopoldstadt und Brigittenau kämpfen für leistbares Wohnen und die Energiegrundsicherung. Nicht nur im Wahlkampf!

MSZ

MieterSelbsthilfeZentrum
Eine Initiative der KPÖ-Wien

Liechtensteinstraße 123
1090 Wien
01/4808833
mieterselbsthilfe@kpoe.at



Mirko Messner

Melina Klaus

Links.
Mit Sicherheit.

KPÖ
WWW.KPOE.AT

Energiegrundsicherung ist notwendig und finanzierbar

Seit dem Jahr 2000 sind die Energiekosten um mehr als 20 Prozent gestiegen. Bei Haushalten mit weniger als 900 Euro Einkommen (davon sind mehr als eine Million Menschen betroffen) machen die Wohn- und Heizkosten bereits 37 Prozent des monatlichen Gesamtbudgets aus.

Je geringer das Haushaltseinkommen ist – in Österreich sind 420.000 Personen un-mittelbar arm und zusätzlich rund eine Million armutsgefährdet – desto größer ist der prozentuelle Anteil der Wohnkosten.

Während auf der einen Seite die Gewinne der Energiekonzerne stetig wachsen, sehen sich mehr und mehr Haushalte mit der jähren Abschaltung jeglicher Energiezufuhr konfrontiert – kalte und finstere Wohnungen sind die Folgen.

Energiegrundsicherung als Menschenrecht

Entsprechend der Menschenrechtserklärung der UNO muss Wohnen ein Grundrecht für alle sein. Die KPÖ entwickelt hieraus das politische Konzept der Energiegrundsicherung. Deren zentrales Ziel besteht darin, dass keinem Menschen im viertreichsten Land der EU der Strom oder die Heizung abgedreht wird, und er/sie damit Finsternis und Kälte ausgesetzt ist.

Das Konzept der Energiegrundsicherung knüpft im sozialen Sinn am Begriff Sicherheit und an der Forderung nach gleichen Lebenschancen an und versteht sich als elementares sozial gerechtes Ziel: Energie, also Strom und Wärme, zählt zu den unverzichtbaren Lebensmitteln, zu denen alle gleichen und freien Zugang haben müssen.

Die KPÖ tritt für eine nachhaltige und umweltfreundliche Energiewirtschaft mit höherer Energieeffizienz ein, die auch eine mittel- bis langfristige Kostenersparnis für die Volkswirtschaft zur Folge hat. Es ist jedoch kontraproduktiv, gerade den Einkommensschwachen diesen Umbau finan-

ziell anzulasten; dieser muss zu Lasten der Profiteure in der Energiewirtschaft sein.

Energiegrundsicherung konkret

Das Konzept der KPÖ sieht vor, dass jedem Haushalt ein kostenloser Grundbezug an Energie (Strom und Heizung) zur Verfügung gestellt wird. Laut Berechnungen der Arbeiterkammer sind dies im Jahr etwa 2.200 kWh Strom und 800 m³ Gas für einen 60 m² Haushalt mit zwei Personen. Damit ist sichergestellt, dass auch der Energieverbrauch für grundlegende Wohn- und Lebensbedürfnisse wie etwa Kühlschrank, Herd, Waschmaschine, Fernseher, Beleuchtung sowie für die Heizung als kostenloses Kontingent gewährt wird.

Dieses Kontingent ist allen in Österreich lebenden Menschen als Rechtsanspruch zur Verfügung zu stellen und darf an keine Kontrollen oder bürokratischen Hürden, wie etwa bei den Heizkostenzuschüssen, geknüpft werden.

Im Sinne der sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit sollte der Preis des über die Grundsicherung hinaus gehenden Energieverbrauchs progressiv gestaltet werden. Heute ist die Situation umgekehrt: Haushalte mit geringem Energieverbrauch werden mit hohen Mindestbeiträgen zur Kasse gebeten, während Großverbraucher belohnt werden.

Ein zusätzlicher Ansatz zur Senkung der Energiekosten im Haushalt ist die Befreiung der Haushaltsenergie von der Mehrwertsteuer; notwendig ist gleichzeitig die amtliche Preisregelung für die wichtigsten Energieformen wie Strom, Gas und Heizöl.

Weiters soll die Anbindung der Preise für Strom, Gas und andere Brennstoffe an den Ölpreis aufgehoben werden.

Die Finanzierung

Die Finanzierung der Energiegrundsicherung soll über die teilweise Abschöpfung der Profite von Energieunternehmen sowie über eine gerechte Steuerpolitik erfolgen. Diese Steuerpolitik orientiert auf eine stärkere Besteuerung der Gewinne von Konzernen (z.B. Erhöhung der Körperschaftsteuer, Einkommensteuererhöhung für die Reichen, Abschaffung der Steuerprivilegien für Privatstiftungen, Abschaffung der privilegierten Gruppenbesteuerung, Wiedereinführung der Vermögenssteuer). Österreich zählt zu den reichsten Ländern der OECD – die Finanzierung der Energiegrundsicherung ist daher möglich und machbar.

Großbritannien hat als einer der ersten Staaten weltweit eine nationale Strategie zur Linderung von „Fuel Poverty“, Energiearmut, konzeptionell entwickelt. Energiearmut wird definiert als „Schwierigkeit eines Haushalts, aus finanziellen Gründen eine Raumtemperatur von 21 Grad“ zu erreichen. Die „Fuel Poverty“ – Strategie ist in Großbritannien stark mit Sozialpolitik verknüpft: Sie hat zum Ziel, bis zum Jahr 2010 die Energiearmut vor allem in „verletzlichen Haushalten“, also solchen, in denen Kinder, ältere oder kranke Menschen wohnen, zu beseitigen. ■

Melina Klaus ist KPÖ-Bundessprecherin. Die Leopoldstädterin kandidiert in Wien als Spitzenkandidatin bei der NR-Wahl.

Protest gegen Teuerung und Sozialabbau!

Alle reden von der Armut, wir reden vom Reichtum. Wir machen damit deutlich, dass genug für alle da und eine Umverteilung notwendig ist. Eine Umverteilung wird immer dringender und ist auch zu finanzieren: Durch eine entsprechende Besteuerung von Kapital und Vermögen. Durch eine Vermögenssteuer. Durch eine Wertschöpfungsabgabe. Durch die Abschaffung der steuerschonenden Privatstiftungen.

Was läuft da verkehrt?

Wir leben in verwirrenden Zeiten: Auf der einen Seite berichten die Medien von wachsender Wirtschaft und steigendem Wohlstand, andererseits zeigt unsere tägliche Erfahrung ein anderes Bild: Wir können uns das Leben immer weniger leisten. Treibstoffe, Heizung und Lebensmittelpreise werden teurer, die Mieten ganz besonders.

Vom steigenden Wohlstand profitieren nur einige wenige, während die Mehrheit sich mit Einkommenssteigerungen unter der Inflationsrate begnügen und immer mehr Personen unter die Armutsgrenze fallen: Im Jahr 1999 waren 11 Prozent, im Jahr 2003 bereits 13,2 Prozent der Bevölkerung armutsgefährdet! (Quelle: Sozialministerium, „Bericht über die soziale Lage 2003 – 2004“) Und dann passiert zum Beispiel das: Im ORF-Radio hörten wir am 22. 8. 2008, die AUA-Aktie sei an nur einem Tag um 11 Prozent gestiegen! Investoren seien dennoch bereit, entsprechend mehr zu bezahlen, da die Pläne für die Privatisierung immer konkreter werden.

Was das bedeutet, wird nicht dazu gesagt: Eine Firma, die uns allen gehört, soll gewinnbringend verkauft werden. Danach wird ein Management eingesetzt, das auf arbeitsmarktpolitische Überlegungen nicht zu achten braucht. MitarbeiterInnen werden in der Folge entlassen und somit arbeitslos.

Fazit: Reichtum wird vermehrt, aber nicht gratis: Die ArbeitnehmerInnen müssen den Gewinn der Aktionäre indirekt über ihre Arbeitslosenversicherungsbeiträge finanzieren!

Gegen diese Umverteilung von Arm zu Reich, von Öffentlichem Eigentum zu Privaten Profiteuren gibt es nur eine Stimme: eine Stimme für die KPÖ. ■

Paul Beneder

Durch die explodierende Teuerung bei stagnierenden Einkommen werden immer mehr Menschen in die Armut getrieben, während eine kleine Minderheit immer reicher wird.

Die KPÖ hat in ihrem Wahlauftrag daher ein Sofortprogramm entwickelt, das auch deutlich andere Akzente zeigt als das Faymann-Paket. So fordert die KPÖ Teuerungsausgleich bei Löhnen, Gehältern und Pensionen, einen gesetzlichen Mindestlohn von zehn Euro pro Stunde und armutsfeste Mindestpensionen und Mindestsicherungen.

Weiters tritt die KPÖ für die Abschaffung der Regresspflicht bei der Sozialhilfe, für amtliche Preisregelungen bei Treibstoff, Energie und Grundnahrungsmitteln, für einen Mietzinsstopp und die Abschaffung der Richtwertzuschläge sowie für eine Valorisierung von Sozialleistungen wie Pflegegeld, Familienbeihilfe und Stipendien ein.

Steuerpolitisch verlangt die KPÖ die Entlastung der mittleren Einkommen (zwischen 1200 und 3400 Euro brutto) bei der Lohnsteuer, eine höhere Negativsteuer für Kleinstinkommen sowie die Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Mieten, Tarife und Medikamente bei amtlicher Preisregelung.

Weiters fordert die KPÖ einen Stopp für Tarif- und Gebührenerhöhungen, eine Energiegrundsicherung, den kostenlosen und bestmöglichen Zugang zum Gesundheitswesen für alle, die ausnahmslose Abschaffung der Studiengebühren, freie Fahrt auf öffentlichen Verkehrsmitteln, Gratiskinderinstitutionen sowie die Erhaltung und den Ausbau und die Stärkung des öffentlichen

Wirtschaftssektors. Was alle brauchen, muss auch allen gehören, daher sind wir für den Erhalt des öffentlichen Eigentums.

Wir sind die ExpertInnen unseres eigenen Alltags. Im Unterschied zu anderen PolitikerInnen müssen wir nicht extra „hinaus zu den Menschen“ - weil wir täglich unter diesen sind.

Eine Stimme für die KPÖ ist ein deutliches Signal, ein Ausdruck des Wunsches nach Änderung, für eine andere Gesellschaft. Eine Stimme für die KPÖ kann nicht umgedeutet werden:

Wer kritisch und links wählen will, muss KPÖ wählen. Mit Sicherheit! ■

Wir bitten um Unterstützung!

Jede Spende zählt!

Verein Ute Bock
Hypo Bank Tirol, BLZ 57000
Konto Nr. 520 110 174 99

Online-Spenden unter
www.e-spende.at/fraubock

„Man kann nur gut leben, wenn man weiß, dass es auch den anderen gut geht.“ (Ute Bock)

PolDi empfiehlt: Bei dieser Wahl KPÖ!



„Es reicht“ – mit diesen Worten zwingt ÖVP-Chef Molterer die ÖsterreicherInnen wieder an die Wahlurnen – und spricht damit aus, was viele denken. Er übersieht dabei jedoch, dass es vielen mit der großen Koalition reicht, und ganz besonders mit der gegen die Bevölkerung gerichteten Politik der ÖVP.

Die Politikverdrossenheit ist groß. Scheint es doch, als ob es wieder kein realistisches Wahlergebnis geben wird, das die Situation der Menschen zum Besseren wendet. Viele kritisch denkende Menschen können weder einer Neuauflage der lähmenden großen Koalition, noch der konservativen Variante Schwarz-Grün oder gar einer rechtsextremen und massiv unsozialen Regierung in Schwarz-Blau etwas abgewinnen. Und so wächst die Sehnsucht nach einer wählbaren linken Alternative nach dem Vorbild Deutschlands.

„PolDi“ ist eine Initiative in der Leopoldstadt, deren Ziel es ist, eine solche linke Alternative im Bezirk aufzubauen. Durch diese Idee des KPÖ-Bezirksrates Josef Iraschko hat sich eine Gruppe von Leopoldstädterinnen und Leopoldstädtern zusammengefunden, um aktiv für ihre politischen Interessen im Bezirk einzutreten.

PolDi ist seit mehr als einem Jahr ein lebendiges Zeichen dafür, was die beiden

SpitzenkandidatInnen der KPÖ, Mirko Messner und Melina Klaus (auch sie ist eine Leopoldstädterin) zur Gründung einer Linkspartei oder eines linken Wahlbündnisses betonen:

„Wir sind begeisterte Betreiber solcher Projekte – angesichts der kurzen Zeit bis zur Wahl und unserer Meinung nach fehlender politischer und organisatorischer Grundlagen dafür, wird die KPÖ bei diesen Wahlen eigenständig antreten.“

Ein überhastet und unüberlegtes Linksprojekt ist nicht zielführend. Die KPÖ garantiert aber bei dieser Wahl, dass bundesweit eine Alternative links der etablierten Parteien auf dem Stimmzettel steht. Daher unterstützen wir PolDis die Kandidatur der KPÖ!

PolDi will bei der nächsten Bezirksratswahl in der Leopoldstadt antreten und mit der KPÖ und allen an einer linken Alternative Interessierten Menschen zusammenarbeiten.

Wir laden alle, die mit der aktuellen Politik unzufrieden sind und im Bezirk etwas ändern wollen, ein, an den nächsten PolDi-Treffen teilzunehmen. Josef Iraschko ist ein Beispiel dafür, dass KommunistInnen offen und ehrlich am Aufbau linker politischer Alternativen arbeiten – ohne alles durch die Parteibrille zu betrachten! ■

PolDi trifft sich:
jeden 1. Montag im Monat um 19h im
Café Sperlhof, Große Sperl gasse 41.

Unsere nächsten PolDi-Treffen 2008:
6. Oktober, 3. November, 1. Dezember

Kontakt mit PolDi:
<http://poldi.leopoldstadt.net>
Email: poldi@leopoldstadt.net

Schon gelesen?
Die PolDi-Zeitung mit aktueller Politik aus dem Bezirk erscheint vier Mal jährlich. Bei Bestellung senden wir gerne die nächsten Ausgaben gratis zu!

Wohnen in der Leopoldstadt: Was heißt hier eigentlich „Aufwertung“?

SPÖ/ÖVP/FPÖ und Grüne möchten dem Bezirk Leopoldstadt gerne ein modernes, urbanes Image verpassen.

Und im Bezirk tut sich diesbezüglich einiges: Der Donaukanal soll auch auf unserer Seite, statt als Erholungs- und Grünraum zu dienen, zu einer Vergnügungszone „aufgewertet“ werden. U-Bahn bringt Aufwertung, die OMV bringt Aufwertung, verdichteter Wohnungsbau mit teuren Mieten bringt Aufwertung, die Verbauung des Augarten bringt Aufwertung, die intensive Bebauung und straßenmäßige Durchquerung des Grünraums Prater bringt Aufwertung, die geplante Wirtschaftsuni bringt Aufwertung.

Was ist wirklich damit gemeint? Der Begriff „Aufwertung“ (oder auch: „Gentrifizierung“) ist für alle MieterInnen eine Bedrohung. Bedeutet er doch, dass die jetzige Wohnbevölkerung verdrängt und gegen ein finanziell besser gestelltes Publikum ausgetauscht werden soll.

Als MieterInnenberater bin ich tagtäglich mit den Folgen solcher „Aufwertungen“ konfrontiert: Terror gegen AltmieterInnen mit günstigen Mieten, häufige Wohnungsbegehungen um Kündigungsgründe zu finden oder erfinden, Verunsicherung und Bedrohung besonders älterer MieterInnen durch unwahre Behauptungen über kostspielige Sanierungen, Kündigungen mit an den Haaren herbeigezogenen Begründungen, finanzielle Scheinangebote für die vorzeitige Aufgabe von Wohnungen, Einsatz von Detektiven und vieles mehr. Wollen wir das wirklich?

Sollten Sie von obigen Maßnahmen schon betroffen sein, dann wenden Sie sich bitte an mich. Ich gebe jeden 1. Montag im Monat im Cafe Sperlhof von 18:00 - 19:00 Uhr kostenlose miterechtliche Beratung. ■

KPÖ-Bezirksrat und PolDi
Josef Iraschko
Email: mieterselbsthilfe@kpoe.at

Keine halben Sachen in der Wohnungspolitik

Die Forderung nach 5 Jahren Mietzinsstopp für alle Wohnungen, ob Gemeinde oder privat, ist der Einstieg, aber doch nur ein Anfang. Wir brauchen eine grundlegende Änderung in der Wohnungspolitik, eine Rückkehr zum MieterInnenschutz und zum sozialen Wohnbau.

Die Argumente der VermieterInnen, warum sie sich dann vom Markt zurückziehen würden, sind bekannt und oft wiederholt. Wir KommunistInnen haben allerdings kein Problem damit. Grundlegende Bedürfnisse wie das Wohnen gehören nicht in private Hände, damit dürfen keine Profite gemacht werden.

Wie schaut es denn auf dem privaten Wohnungsmarkt aus? Dass so viele Menschen auf der Suche nach einer leistbaren Wohnung sind, haben wir der großen Koalition im Jahre 1994 zu verdanken. In diesem Jahr hat es die Sozialdemokratie zugelassen, dass der MieterInnenschutz komplett ausgehebelt wurde. Seither gibt es keine klaren Mietzinsobergrenzen mehr. Die sogenannten Richtwertmieten mit ihren undurchschaubaren Zuschlägen sind inzwischen genauso hoch wie die freien Mieten im Neubau. Obendrein gibt es durch die ausufernden Befristungsmöglichkeiten auch keinen Kündigungsschutz mehr. Die MieterInnen sind den privaten Vermietern mit ihren Wünschen nach mehr und mehr Profit ausgeliefert.

Wohnbaustadtrat Ludwig hat recht, im privaten Sektor ist keine 80qm-Wohnung unter 900 Euro zu haben. Der Wiedervermietungseffekt bewirkt, dass die Vermieter mit jeder neuen Vermietung die Mieten noch höher ansetzen können – sie geben auch keine unbefristeten Verträge her. In der Kombination mit den europaweit höchsten Provisionen bedeutet dies eine wirkliche Prekarisierung des Lebens.

Richtig ist: 60% der WienerInnen leben in geförderten Wohnungen. Das wirkt sich kostendämpfend auf die Mieten im privaten Sektor aus. Aber auch die Mietzins-



bergrenzen im Altbau vor 1994 haben dies getan. So sehr, dass es eigentlich keinen privaten, ungeforderten Wohnbau gegeben hat.

MieterInnenschutz ist ohne öffentlichen Wohnbau nicht zu haben und umgekehrt. Jahrzehntlang ist das österreichische Wohnbauförderungsmodell gemessen am BIP, wenn wir die Zahlen international vergleichen, kostengünstig und effizient gewesen. Private Bauherren hat es keine gebraucht. Es ist peinlich für die Sozialdemokratie, dass sie sich jetzt ausgerechnet von der KPÖ an die Erfolge vergangener Zeiten erinnern lassen muss.

Wiener Wohnen baut keine Gemeindebauten mehr, Bgm. Häupl lässt trotz Vetorecht zu, dass die Wohnbauförderung eingefroren und die Zweckmittelbindung aufgegeben wird. Den MieterInnenschutz

hat die SPÖ 1994 kampflos aufgegeben.

Immobilienhaie wie die „Conwert“ frohlocken, 44% Steigerung der Vermietungserlöse und eine 10%ige Steigerung der Mieten bei Objekten, die schon vorher im Besitz waren, alleine im ersten Halbjahr 2008 – weit mehr als die Inflation. Und der Chef der Immofinanz sieht schon angesichts des fehlenden Neubaus von Wohnungen und des zu erwartenden Zuzugs in Wien goldene Zeiten auf sich zukommen.

Mit ein wenig mehr Sozialhilfe und ein bisschen Heizkostenzuschuss lässt sich das nicht reparieren. Wir fordern von der SPÖ nicht mehr oder weniger als die Rückkehr zu ihrer eigenen, früheren Politik. Denn in der Wohnungspolitik darf es keine halben Sachen geben. ■

Doris Schlager
ist Obfrau der MieterInneninitiative und kandidiert für die KPÖ.

Wir kandidieren für die KPÖ!

Warum KPÖ wählen? Weggeworfen - eine Stimme für die KPÖ ist das mit Sicherheit nicht. Für die Großparteien ist diese Wahl nur ein Spiel um Posten und Macht. Die Bedürfnisse derer, denen es nicht so gut geht, spielen dabei keine Rolle. Höchste Zeit, das jemand tut, was die Leute wirklich brauchen: Darum KPÖ.

Viele Wahlberechtigte wählten bisher ÖVP, SPÖ oder andere Parlamentsparteien.

Dabei verschlechterten sich aber seit mehr als 20 Jahren Sozialleistungen, Arbeitsbedingungen, Mieten, Reallöhne, Bürgerrechte, Bildung, Pflegeleistungen und andere Dinge des täglichen Lebens immer mehr.

Die Parlamentsparteien haben auch jetzt nur leere Wahlphrasen statt Antworten auf

brennende Fragen zu den oftmals prekären Lebensbedingungen der Menschen.

Wahlerfolge der deutschen Linken haben in den vergangenen Jahren einen derartigen Druck auf die deutschen Großparteien SPD und CDU/CSU erzeugt, dass diese gezwungen waren, wieder zu einer sozialeren Politik zurückzukehren.

Ohne Druck von Links werden sich auch unsere etablierten Parteien nicht in die richtige Richtung bewegen.

Jede Stimme für die heutigen Parlamentsparteien bringt nur noch mehr Abgeordnete in das Parlament, die allen Parlamentsvorlagen bedingungslos zustimmen, wenn ihre Partei es verlangt. Sie missachten die Auswirkungen der Gesetze auf die Bevölkerung. Sparen für das Budget auf Kosten der Menschen ist ihnen am wichtigsten. Die Vorgaben der EU wirken dabei wie ein Brandbeschleuniger für den Sozialabbau.

Dagegen empfehlen wir: Druck von Links. KPÖ - Klein, aber ehrlich!



1. Josef Iraschko, 66 Jahre, Bezirksrat in der Leopoldstadt: Seit 40 Jahren aktiv für linke Politik, seit 20 Jahren MieterInnenberater, davon 13 Jahre Leiter des MieterSelbsthilfeZentrums, einer Initiative der KPÖ-Wien. Er ist ein Alt-68er, der sich nicht beim Marsch durch die Instituionen verirrt hat und der sich nicht hat kaufen lassen. Als Bezirksrat kämpft er gegen Demokratieabbau, Rassismus und Umweltzerstörung, sowie für leistbares Wohnen und die Energiegrundsicherung. Rund um die Uhr!

3. Paul Beder, 39 Jahre, verheiratet, 3 Kinder, arbeitet bei der Stadt Wien in der Jugendwohlfahrt: „Selbstbestimmtes Leben für alle, die an einer Gesellschaft teilhaben durch gleichmäßige Aufteilung der von allen erarbeiteten Ressourcen; Die Welt miteinander statt gegeneinander gestalten; Bei wichtigen politischen Entscheidungen Mitreden für alle Menschen statt Diktat der Wirtschaft: Diese Visionen habe ich, und deshalb kandidiere ich auf der Liste der KPÖ.“



2. Melina Klaus, 40 Jahre, arbeitet als Erwachsenenbildnerin, seit 2006 ist sie Bundessprecherin der KPÖ: „Was alle brauchen, muss auch allen gehören! Das nehme ich als Grundlage für meine politische Arbeit. Es gibt ausreichend Möglichkeiten gegen Armut und soziale Ausgrenzung vorzugehen. Voraussetzung ist aber, dass man den Kapitalismus beim Namen nennt. Soziale Gerechtigkeit und die radikale Umverteilung des Reichtums, der unserer Gesellschaft zur Verfügung steht, waren und sind unsere zentralen Forderungen. Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich und ein bedingungsloses, existenzsicherndes Grundeinkommen stehen an der Spitze unserer Sozialpolitik.“



4. Doris Schlager, 47 Jahre, Mietrechtsberaterin: „Der Wunsch nach Solidarität, Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit hat mich mein ganzes politisches Leben angetrieben. Passives Warten auf das, was von oben kommt, war noch nie meine Sache. Aufbegehren und das Eintreten für die eigene Sache war mir immer wichtig. Wenn die Forderung nach 5 Jahre Mietzinsstopp eine ‚postkommunistische Forderung‘ ist, bin ich stolz, Kommunistin zu sein. Die Wohnungspolitik ist seit 4 Jahren mein Schwerpunkt. Gelernt zu haben bei Josef Iraschko ist für mich ein Privileg und ein Qualitätsausweis.“



5. Gerhard Hauptmann, 53 Jahre, Behindertenfachbetreuer: „Die KPÖ ist für mich die einzige Partei mit sozialer Kompetenz. Dies musste ich in meiner langjährigen Tätigkeit in meinem Arbeitsbereich feststellen. Daher habe ich mich entschlossen, sie nicht nur zu wählen, sondern auch für die KPÖ zu kandidieren.“



6. Katarina Ferro, 36 Jahre, Journalistin: „Eine konsequente Umverteilungspolitik ist Voraussetzung für die Gleichstellung von Frauen. Keine der Parlamentsparteien hat auch nur annähernd ein Konzept dafür. Alle stehen für eine weitere Neoliberalisierung der Gesellschaft und somit für die Fortsetzung der Benachteiligung von Frauen.“

7. Erwin Resch, 43 Jahre: „Ich kandidiere, weil ich die aktuelle politische Landschaft zum Positiveren verändern will. Rassismus, soziale Ausgrenzung und Armut haben in einer modernen und aufgeklärten Gesellschaft nichts verloren! Mir ist es wichtig, an einer solchen Gesellschaft mitzubauen.“

Der Kaspar und die Koalitionssuppe

Ein (Wahl-)Gedicht - frei nach dem Buch: „Der Anti-Struwwelpeter“.
Gestruwwelt von KPÖ-Bezirksrat Josef Iraschko.

*Der Kaspar, der war kugelrund,
ein braver Junge und kerngesund,
war grade sechzehn, das war schön,
durft doch auch er bald wählen gehn.*

*Doch eines Tag's, oh Eltern welch ein Graus,
kam mit Nachbars Lieschen er nach Haus.
Die war echt rot und auch ganz wild,
passte nicht in braver Sozi-Eltern Bild.
Seit Kaspar mit dem Lieschen ging,
des Hauses Segen immer schiefer hing.*

*So wollt der Kaspar nimmermehr,
Mutters Suppe essen, bitte sehr
war ihm zu rosarot und oft zu braun,
dann orange und schwärzlich anzuschauen,
und plötzlich fing er an zu schreien:
ich mag die Suppe nicht mehr, nein!*

*Der Vater wird am Kopfe rot,
man sieht er leidet große Not.
Wir Sozis habn' das alles hier gemacht,
wir haben's auch zu was gebracht,
du wirst die Suppe essen,
ich werd' mich sonst vergessen.*

*Der Kaspar aber sagt ganz leise:
ich eß sie nicht, auf keine Weise.
Ihr habt die Zukunft uns versaut,
weil nur der Gier ihr noch vertraut.*

*Macht alles was ihr einst geschafft,
mit Mannes- und mit Frauenkraft,
heut kaputt ihr und nennt es Koalition
es ist ein Graus, es ist ein Hohn,
lasst euch von Großkonzernen foppen,
statt dass versucht ihr sie zu stoppen.*

*Für Bildung, G'sundheit und Soziales
kein Geld ist da, ich frag' wer hat es?
Tut Rassisten den Hof auch machen,
die Umwelt stirbt und geht bald krachen,
doch die Regierung macht auf stark,
wir Jungen findn's langsam arg.*

*Eine andere Welt muss sein und ist auch
möglich,
gerechter muss sie sein und nicht so kläglich,
wir selber müssen's tun, ist klar,
dürfen's nicht verschieb'n auf weit're Jahr
drum werd ich trotz des Häupls Schmäh,
mit Lieschen wählen KPÖ.*

*Der Vater ist darob verstört,
ist jetzt die ganze Welt verkehrt?
Denkt nach und gibt dem Kaspar recht
eine andere Welt, die wär nicht schlecht
die Jungen und die Alten,
müssen dabei zusammenhalten
und ändern diese Welt!*



Ich bestelle folgende Info-Materialien der KPÖ:

- Die politische Plattform der KPÖ
- Das Frauenprogramm der KPÖ
- Das Programm der KPÖ zur Nationalratswahl 2008
- Weitere Wahlmaterialien der KPÖ
- Ich brauche eine Mietrechtsberatung!
- Ich will Mitglied werden, ruft mich an Tel.: _____

Name: _____

Straße, Hausnr.: _____

PLZ, Ort: _____

E-Mail: _____

Porto
zahlt
Empfänger

An: KPÖ, z.H. Josef Iraschko
Drechslergasse 42
1140 Wien

Tel.: 01/503 65 80
Fax: 01/503 65 80-499
E-Mail: mieterselbsthilfe@kpoe.at
Web: www.kpoe.at